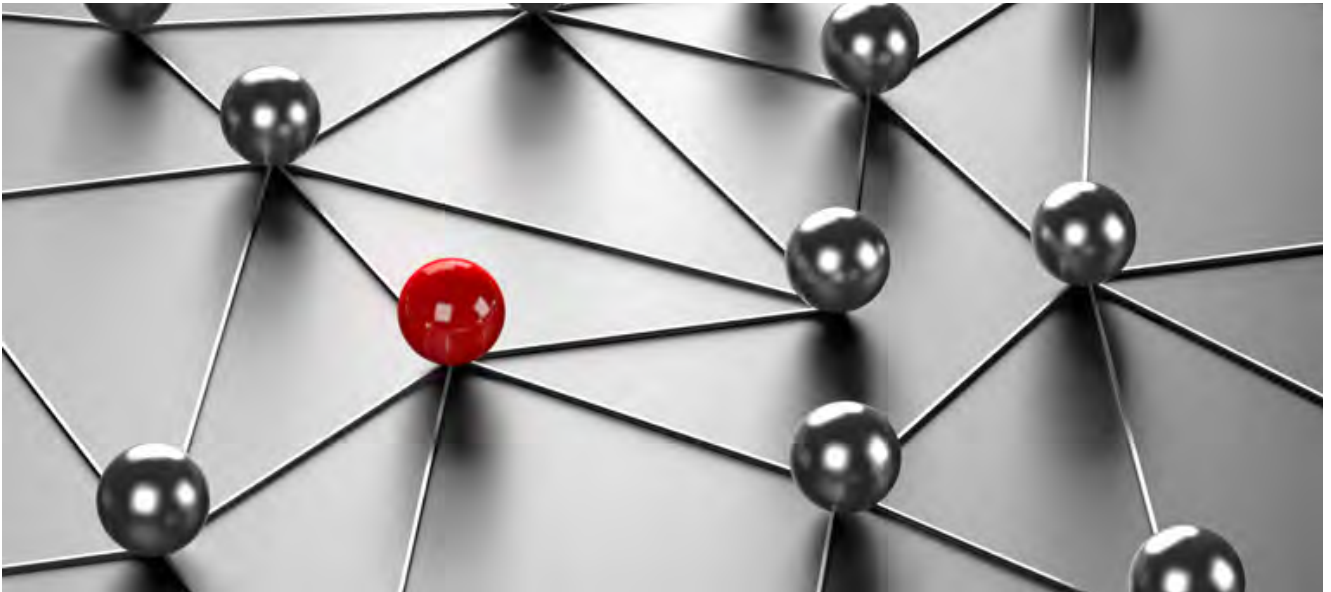


Auf einen Blick

Aufruf für eine zukunftsorientierte EU-Mittelstandspolitik

Das Netzwerk der europäischen Botschafter für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) hat einen Aufruf für eine zukunftsorientierte EU-Mittelstandspolitik erarbeitet. In diesem fordert es die EU-Institutionen dazu auf, einen neuen politischen Rahmen für mittelständische Unternehmen in der EU zu schaffen.



Das Netzwerk der KMU-Botschafter (das sogenannte SME Envoys Network) hat auf deutsche Initiative einen Aufruf für eine zukunftsorientierte EU-Mittelstandspolitik erarbeitet.

Das Netzwerk der KMU-Botschafter ist eine seit 2011 bestehende hochrangige Expertengruppe der Europäischen Kommission, die sich aus den KMU-Botschaftern der Mitgliedstaaten und Vertretern der wichtigsten europäischen Dachverbände der Wirtschaft zusammensetzt. Den Vorsitz führt die derzeitige EU-Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, Elżbieta Bienkowska. Deutschland wird vertreten durch die Abteilungsleiterin Mittelstandspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Dr. Sabine Hepperle.

Mit seinem „Call of the SME Envoys Network for a vigorous and forward-looking EU policy for small businesses“ vom Juli 2019 möchte das Netzwerk der KMU-Botschafter frühzeitig Akzente für eine vitale und zukunftsorientierte EU-Mittelstandspolitik setzen. Hiermit soll den sich neu bildenden Institutionen – Europäisches Parlament und Europäische Kommission – auch ein deutliches Signal für die gerade begonnene Legislatur gesendet werden.

Die wesentliche Forderung des Netzwerks ist die Schaffung eines modernen politischen Rahmens für mittelständische Unternehmen in der EU – aufbauend auf dem „Small Business Act“ aus dem Jahr 2008 und seither gemachten Erfahrungen. Die Empfehlungen für diesen neuen politischen Rahmen konzentrieren sich auf folgende Bereiche:

1. „Think small first“-Prinzip und bessere Rechtsetzung,
2. Unternehmertum und Innovation,
3. Fachkräftesicherung und Digitalisierung,
4. Zugang zu Finanzierung,
5. Marktzugang (Binnenmarkt, internationale Märkte).

Die rund 23 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Europa spielen eine Schlüsselrolle für Innovationen, Beschäftigung und inklusives Wachstum. Deshalb gilt es, KMU und ihre Bedürfnisse in allen Politikbereichen mitzudenken – dies ist mit dem Leitgedanken „Think small first“ oder „Vorfahrt für KMU“ gemeint. Konkrete Bürokratieabbauziele auch auf Ebene der EU-Kommission, Regulierung mit Augenmaß – beispielsweise im Beihilfe- oder im Bankenbereich – sowie die Förderung von Unternehmertum und

grenzüberschreitenden Gründungsökosystemen sind nur einige der Vorschläge des Netzwerks, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen in Europa zu verbessern. Bei der Digitalisierung kann eine europaweite Dateninfrastruktur den Mittelstand dabei unterstützen, neue digitale Plattformen erfolgreich zu etablieren.

Außerdem fordert das Netzwerk der KMU-Botschafter die Europäische Kommission dazu auf, die EU-Mittelstandspolitik in ihrer künftigen Organisation angemessen zu berücksichtigen. Zudem wirbt es für eine verbesserte öffentliche Kommunikation mittelstandsspezifischer Angebote, Maßnahmen und Informationen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird sich auf europäischer und internationaler Ebene auch weiterhin für zukunftsorientierte, mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen. Dazu sprechen wir aktiv die neue EU-Kommission und die Abgeordneten des Europäischen Parlaments an.

Wie es mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene gestaltet, lesen Sie ab Seite 12 in den „Eckpunkten der Mittelstandsstrategie“.

Sie können den Aufruf des Netzwerks der europäischen KMU-Botschafter unter folgendem Link abrufen: <https://bit.ly/2LWel0O>.

Nähere Informationen zum Netzwerk der europäischen KMU-Botschafter finden Sie unter: <https://bit.ly/2GS5PxM>.

Kontakt: Marion Lemgau
Referat: Grundsatzfragen der nationalen und europäischen Mittelstandspolitik

Neue Regeln für Ökodesign und Energielabel

Energieverbrauchskennzeichnungen und ökologisches Produktdesign sind wichtige Instrumente der Energie- und Klimapolitik. Im Winterhalbjahr 2018/2019 wurde auf europäischer Ebene das bisher größte Maßnahmenpaket zu Ökodesign und zum Energielabel verhandelt. Es soll noch in diesem Herbst in Kraft treten.

Die neuen Anforderungen für die verhandelten Produktgruppen (siehe Kasten) gelten überwiegend ab dem 1. März 2021. Zu diesem Zeitpunkt wird auch das neue Energielabel für Verbraucherinnen und Verbraucher erstmalig im Handel sichtbar sein. Die Europäische Kommission schätzt, dass mit den Neuregelungen ab dem Jahr 2030 europaweit jährlich Energie im Umfang von knapp 260 Terawattstunden eingespart werden kann. Damit leistet das Ökodesign einen wichtigen Beitrag, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig können die deutschen Hersteller die neuen Standards mit vertretbarem Aufwand umsetzen.

Impulse für Energieeinsparungen, Reparierbarkeit und Ressourceneffizienz

In den Verhandlungen spielten auch die Einführung von Anforderungen an die Reparierbarkeit von Elektrogeräten,

insbesondere bei weißer und brauner Ware, sowie die Ressourceneffizienz eine herausgehobene Rolle. Neben zum Teil verschärften Vorgaben für Energieeffizienz müssen Hersteller demnach zukünftig wesentliche Ersatzteile vorhalten. Diese müssen mit gewöhnlich verfügbaren Werkzeugen ausgetauscht werden können. Darüber hinaus sollen Hersteller die zur Reparatur notwendigen Informationen zur Verfügung stellen.

Deutschland konnte in den Verhandlungen mit seinem Konzept überzeugen, das bei den vorzuhaltenden Ersatzteilen zwischen der Verfügbarkeit für Verbraucherinnen und Verbraucher einerseits und für Fachleute andererseits unterscheidet. Dies soll Verbraucherinnen und Verbrauchern verstärkt die Möglichkeit geben, bei ihren elektrischen Produkten einfach auszutauschende Teile selbst zu ersetzen, sie zugleich aber auch vor mit schwierigeren Reparaturen verbundenen Gefahren schützen.

Die Anforderungen bei der Ressourceneffizienz wurden angemessen weiterentwickelt. Von Vorgaben, die die Marktüberwachungsbehörden nicht mehr oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand überprüfen könnten (etwa grammgenaue Angaben enthaltener kritischer Rohstoffe), wurde dabei abgesehen.

Neu geregelte Produktgruppen

Haushaltsgeräte („Weiße Ware“):

Kühl- und Gefriergeräte
Geschirrspüler
Waschmaschinen
Waschtrockner



Information- und Kommunikationselektronik („Graue Ware“): Server



Unterhaltungselektronik („Braune Ware“): elektronische Displays (einschl. TV-Geräte)



Weitere Produkte:

Beleuchtungsmittel Motoren Transformatoren externe Netzteile Schweißgeräte Kühlgeräte mit Direktverkaufsfunktion
(z. B. Supermarkt-Kühlregale)



Eine weitere wichtige Neuerung ist der Austausch von Halogenlampen durch wesentlich effizientere LED-Lampen. Nach Berechnungen der Europäischen Kommission könnten allein dadurch ab 2030 europaweit jährlich bis zu 42 Terawattstunden Energie eingespart werden. Dabei wurde für die am weitesten verbreiteten Lampentypen eine Übergangsfrist bis September 2023 festgeschrieben, um eine ökonomisch und ökologisch vertretbare Umstellung zu gewährleisten.

Neues Energielabel: mehr Klarheit für Verbraucherinnen und Verbraucher

In den Beratungen zum zukünftigen Energielabel hat sich Deutschland erfolgreich dafür eingesetzt, dass Verbraucherinnen und Verbraucher möglichst aussagekräftige Angaben erhalten. Damit soll ihnen die Entscheidung für energieeffiziente Produkte erleichtert werden. In den Produktgruppen der weißen und braunen Ware sowie bei den Beleuchtungsmitteln beginnt mit dem neuen Energielabel auch der Umstieg von den bisherigen A+++-Klassen zurück zu einer

mit A bis G abgestuften Kennzeichnung. Durch ein neues Design soll es dabei dem Handel und den Verbraucherinnen und Verbrauchern erleichtert werden, das neue vom alten Label zu unterscheiden. Das neue Design geht dabei im Wesentlichen auf deutsche Vorschläge zurück. Die Angabe der Effizienzklasse wird zukünftig in der Werbung, sowohl in Printmedien wie auch im Internet, deutlicher und größer gezeigt. Ebenso ist das Energielabel auf Messen für alle verkaufsbereiten Produkte zu präsentieren.

Insgesamt konnte Deutschland in den Verhandlungen rund um Ökodesign und Energielabel zukunftsweisende Impulse setzen: Sie leisten absehbar einen Beitrag, den Energie- und Ressourcenverbrauch zu senken, und auch die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Unternehmen wurden berücksichtigt.

Kontakt: Sascha Neuendorf, Agnetha Mey
Referat: Industriepolitische Aspekte der Energieversorgung, Energiebesteuerung, Ökodesign

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

September 2019	
05.09.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juli)
06.09.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juli)
13.09.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
13.09.	Eurogruppe (Helsinki, Finnland)
13./14.09.	Informeller ECOFIN (Helsinki, Finnland)
24.09.	Energieministerrat
26./27.09.	WBF-Rat
Ende September 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Oktober 2019	
07.10.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (August)
08.10.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)
09./10.10.	Eurogruppe/ECOFIN
14.10.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
Ende Oktober 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
November 2019	
01.11.	Amtsantritt neue EU-Kommission
06.11.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September)
07.11.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (September)
07./08.11.	Eurogruppe/ECOFIN
14.11.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
21.11.	Handelsministerrat
28./29.11.	WBF-Rat
Ende November 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

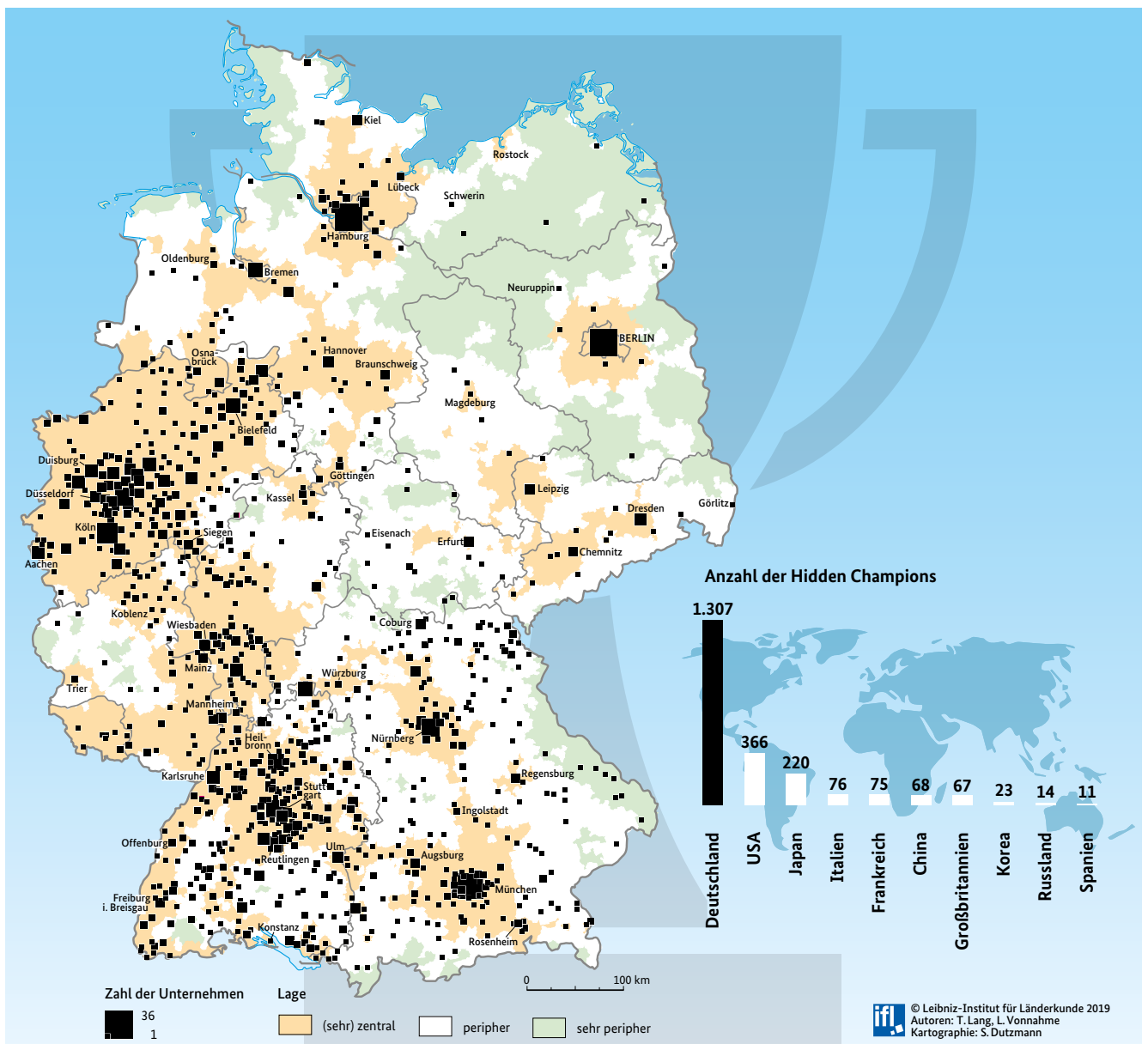
www.bmwi.de/schlaglichter



Grafik des Monats

Unbekannte Weltmarktführer – ein deutsches Phänomen

„Hidden Champions“ im internationalen Vergleich und in Deutschland



Quellen: Grafik übersetzt aus Graffenberger, Martin/Vonnahme, Lukas/Brachert, Matthias/Lang, Thilo (2019): Broadening perspectives: innovations outside of agglomerations. In: Innovation-based regional change in Europe: chances, risks and policy implications. Stuttgart: Fraunhofer Verlag, Seite 47-68. Hermann Simon.

Hidden Champions sind hochspezialisierte, meist inhabergeführte Weltmarktführer in Nischenmärkten. In der Öffentlichkeit sind sie dennoch oft kaum bekannt. Verglichen mit anderen Industrieländern gibt es in Deutschland deutlich mehr solcher Firmen. Auffällig bei der Verteilung der Weltmarktführer innerhalb Deutschlands ist zudem ihre Konzentration auf den ländlichen Raum Baden-Württembergs, Südhessens sowie Teile Bayerns und Nordrhein-Westfalens sowie außerdem die Ballung in Großstädten.